



Niederschrift 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.01.2010
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:46 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 280 a

Anwesend sind:

bis 17:35 Uhr

ab 17:06 Uhr

Nicht anwesend sind:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. Dezember 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Rederecht für Stadtverordnete in Ausschüssen
Vorlage: 09/SVV/1072
Gruppe Die Andere
- 4 Bürgerfonds
Vorlage: 09/SVV/1075
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Groß Glienicker See
Vorlage: 09/SVV/1076
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 10/SVV/0044

- Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sanierung von Schulen im Rahmen von ÖPP - Modellen
Vorlage: 10/SVV/0034
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 7.2 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale
gemäß Beschluss: 09/SVV/0992
- 7.3 Bericht zur Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Baugemäß
Beschluss: 09/SVV/0880
- 7.4 Der ländliche Raum der Landeshauptstadt Potsdam - künftige Organisation der Entwicklung und Gestaltung
gemäß Vorlage - 09/OBR/0212
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und wünscht allen Anwesenden alles Gute zum neuen Jahr.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. Dezember 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 09. Dezember 2009 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung bittet Herr Dr. Scharfenberg unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ um Informationen zum Thema russisch-orthodoxes Gemeindezentrum, Kaufhallen Zentrum Ost und Schlaatz – da hier eine monatliche Berichterstattung vereinbart wurde – sowie um eine Information zur Problematik Internat Luftschiffhafen/Erzieher. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob seitens der Verwaltung diesbezügliche Informationen möglich sind, verneint Frau Ewers dieses.

Darüber hinaus verweist Frau Dr. Müller auf die im Vorfeld geäußerte Bitte, eine Übersicht zum aktuellen Stand des Abrufs der Mittel aus dem Konjunkturpaket II,

aufgeschlüsselt nach den einzelnen Vorhaben, auszureichen. Nachdem diese Unterlagen als Tischvorlage verteilt sind, sagt der Oberbürgermeister auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zu, dass Rückfragen zu dem Papier unter dem Punkt „Sonstiges“ möglich sind.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3

Rederecht für Stadtverordnete in Ausschüssen

Vorlage: 09/SVV/1072

Herr Exner führt dazu aus, dass gemäß den Regelungen des § 30 Abs. 3 BbgKVerf das Rederecht Teil des so genannten „aktiven Teilnahmerechts“ ist, welches allen Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung zustehe, in den Ausschüssen jedoch nur soweit, als sie dort Mitglied sind. Im Übrigen sei ein (passives) Teilnahmerecht definiert, welches auf die reine Zuhörereigenschaft reduziert sei.

Die Frage, ob den Stadtverordneten, die nicht Mitglied in Ausschüssen sind, ein Rederecht eingeräumt werden soll, sei im Gesetzgebungsverfahren diskutiert und am Ende verneint worden. Der Gesetzgeber habe dies damit begründet, dass dem Informationsbedürfnis der Stadtverordneten, die nicht Ausschussmitglieder sind, durch das passive Teilnahmerecht Genüge getan werde und ein darüber hinausgehendes Rederecht die Effektivität der Ausschussberatungen behindern würde. Dem Ausschuss soll dennoch unbenommen bleiben, dem anwesenden Stadtverordneten im Einzelfall das Wort zu erteilen.

Demzufolge stehe das Anliegen des Antrags nicht im Einklang mit der BbgKVerf und eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung sei rechtswidrig.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es trotzdem eine Verständigung darüber geben solle, inwiefern Vertretern von Gruppen ein Rederecht eingeräumt werde. Der Gruppenstatus und demzufolge das Rederecht für Vertreter der Gruppen im Ausschuss sei in der BbgKVerf nicht geregelt und werde nun durch die Stadtverordnetenversammlung selbst ausgestaltet.

Anschließend bittet Herr Vöhse um das Rederecht – dagegen erhebt sich seitens der Hauptausschussmitglieder kein Widerspruch. Frau B. Müller betont, dass Herr Vöhse als Antragsteller zumindest die Gelegenheit erhalten sollte, diesen zu begründen.

Das Rederecht für Nichtmitglieder in den Ausschüssen, so Herr Vöhse, dürfe kein Akt der Gnade sein. Ansonsten fühlen insbesondere die Mitglieder von Gruppen ihr Mandat als Mandat 2. Klasse. Formal sei es gesetztes Recht, so wie Herr Exner ausgeführt habe, was man aber nicht zwangsläufig als richtig ansehen müsse – das hätten die vergangenen Jahre in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bewiesen.

Der Oberbürgermeister weist die letzten Anmerkung zur Begründung strikt zurück – die Analogie mit totalitären Systemen sei unangebracht und habe mit dem Anliegen des Antrags nichts zu tun.

Herr Schubert bezieht seine Ausführungen auf den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg und bittet ihn, diesen schriftlich zu fassen und der Kommunalaufsicht zur Prüfung zu geben. Er habe kein Interesse daran zu „unken“, was richtig sei und was nicht. Der Oberbürgermeister sagt zu, diesen Vorschlag an die Kommunalaufsicht weiterzuleiten, betont aber nachdrücklich, dass die Verwaltung diesen für nicht rechtskonform halte.

Gegen das Rederecht von Herrn Kirsch erhebt sich ebenfalls kein Widerspruch. Er führt dazu aus, dass die Regelungen der BbgKVerf Mindeststandards seien,

über die man hinausgehen und demzufolge einem Vertreter der Gruppe Rede-
recht in den Ausschüssen einräumen könne.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob Herr Vöhse mit der Zurückstellung,
Modifizierung und Prüfung einverstanden sei, bejaht er dies, betont aber gleich-
zeitig, dass Zurückstellung nicht gleichbedeutend damit sei, das Anliegen nicht
zügig zu bearbeiten.

Frau Dr. Schröter bittet um eine neutrale Weiterleitung an die Kommunalaufsicht
ohne Präjudizierung.

zu 4

Gruppe Die Andere

Bürgerfonds

Vorlage: 09/SVV/1075

Herr Naber bringt die Vorlage ein und erläutert das Anliegen. Herr Exner führt im
Weiteren dazu aus, dass sich das Anliegen sympathisch und interessant anhöre,
aber schon eine Reihe von Projekten bei der EWP laufen, ohne Fremdmittelauf-
nahme. Diese sollte man nur aufnehmen, wenn dies nötig sei und das sei derzeit
nicht der Fall. Er bittet, die „Schrittfolge“ der Maßnahmen zu beachten. Anschlie-
ßend erläutert Herr Böhme die diesbezüglich laufenden Projekte, die ihren Ur-
sprung im Jahr 2008 mit dem Ziel der CO₂-Reduzierung hatten, wie die Kältezent-
rale im Sterncenter, Photovoltaikanlagen, die Kooperation mit dem KIS zur Prü-
fung von Schuldächern, um sie mit diesen Anlagen zu bestücken, Energiespar-
maßnahmen über Smart Metering mit dem KIS und Wohnungsgenossenschaften
sowie Blockheizkraftwerke. Der Oberbürgermeister führt aus, dass er die vorge-
schlagenen Bürgerfonds als Finanzierungsinstrumentarium verstehe, um Ener-
giegewinnungsformen der eben genannten Art zu unterstützen. Das bejaht Herr
Böhme und merkt an, dass er sich diese als eine Art Marketingmaßnahme vor-
stellen könne, um eine Nähe zwischen Bürger und den Stadtwerken herzustellen.
Deshalb sollte der Vorschlag aufgegriffen und auf seine Machbarkeit geprüft wer-
den.

Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, den Antrag in einen Prüfauftrag zu
fassen und in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Sommerpause
über Möglichkeiten der Umsetzung zu berichten.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu
beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in seiner Funktion als Gesellschafterver-
treter der Stadtwerke Potsdam **die Einrichtung eines Bürgerfonds zu prüfen**.
Mit den Anlagen des Bürgerfonds und dem Geld der Stadtwerke sollen aus-
schließlich größere Projekte in der Stadt Potsdam finanziert werden, die das Kli-
ma schonen und die Energieeffizienz erhöhen. In Frage kommende Projekte, die
der Energiegewinnung dienen sollten, könnten z.B. der Bau von Blockheizkraft-
werken (BHKW) in Kombination mit solarthermischen und Speichieranlagen sowie
der Bau von Solarenergieanlagen sein.

**Dem Hauptausschuss ist über Möglichkeiten der Umsetzung in seiner Sit-
zung am 07. Juli 2010 zu berichten.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Groß Glienicker See

Vorlage: 09/SVV/1076

Herr Naber bittet namens der Antragstellerin um eine Zurückstellung des Antrags, da die im Ausschuss für Finanzen genannten Anmerkungen und gegebenen Hinweise in der Fraktion nochmals diskutiert werden sollen.

Gegen die Zurückstellung erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2010

Vorlage: 10/SVV/0044

Der Oberbürgermeister übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Schröder.

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Den für das Haushaltsjahr 2010 vorzunehmenden Umschuldungen der Investitionskredite i.H.v. 9.976.074,81 EUR gemäß Anlage 1 und Zinssätzen (nominal) von höchstens 5,0 % bei einer maximalen Zinsbindungsdauer von 10 Jahren wird zugestimmt.

Weiterhin erfolgt die Zustimmung zur vorzeitigen Tilgung von zwei Darlehen i.H.v. insgesamt 374.709,03 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 7 Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 **Sanierung von Schulen im Rahmen von ÖPP - Modellen**
Vorlage: 10/SVV/0034

Herr Schröder begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Geschäftsführerin der Nymoen Strategieberatung GmbH Frau Hausknecht.

Sie stellt anschließend an Hand visueller Darstellung die einzelnen Maßnahmen an den Standorten vor und erläutert die Inhalte und die Zielstellung der weiteren Prüfung der im Ergebnis der Potentialuntersuchung durch den KIS ausgewählten zwei Projekte im Rahmen von zwei Machbarkeitsstudien, stellt sowohl die wirt-

schaftlichen Vorteile und Effekte als auch die Zeitschiene bezüglich der zu treffenden Entscheidungen auch in den politischen Gremien dar und informiert über die Rahmenbedingungen bei der Wahl eines ÖPP-Modells und bei der Eigenerledigung durch den Kommunalen Immobilienservice der Landeshauptstadt.

Anschließend bittet Herr Schubert darum, die PowerPoint-Präsentation auszureichen. Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Schubert zum Zeitpunkt der Vorlage der notwendigen Daten sowie die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zu den nach seiner Meinung nach derzeit nicht optimalen Rahmenbedingungen für derartige Projekte, zur Zeitkomponente (wie realistisch diese sei) und zu den Kosten des Prüfverfahrens beantwortet. Auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, wann die notwendigen Daten vorliegen, benennt Herr Richter in Rücksprache mit Frau Ewers als Termin „noch vor den Winterferien“. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie eine Datenübergabe für den Fall einer Eigenerledigung durch den KIS vom Beraterteam an den KIS erfolge, verweist Frau Hausknecht auf die Einbeziehung des KIS in den Prozess der Erstellung der Wirtschaftlichkeitsstudie und darauf, dass seitens des Beraterteams kein „hoheitliches Wissen“ aufgebaut werde.

zu 7.2

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale gemäß Beschluss: 09/SVV/0992

Eingangs wird eine Information zum Sachstand der Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg – Stand Dezember 2009 - als Tischvorlage ausgereicht, die Herr Goetzmann im Weiteren erläutert. Zu einem späteren Zeitpunkt wird von mehreren Mitgliedern des Hauptausschusses die Ausreichung der o. g. Information als Tischvorlage kritisiert.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob im Rahmen der Potenzialanalyse auch kleinere Unternehmen berücksichtigt werden, antwortet Herr Goetzmann, dass dies nicht die Fragestellung der hier vorgelegten Untersuchung betreffe und dies eher eine Angelegenheit der Wirtschaftsförderung sei. Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass es bisher bezüglich der Zielstellung keine Erfolge zu verzeichnen gebe – nur die Bewertung der Standorte/Lage in den Berichten variere. Hinzu komme, dass sich die Rahmenbedingungen mit der Finanzkrise um einiges verschlechtert habe, was ihn zu der Frage veranlasse, wie mit dieser Situation umgegangen werden solle.

Herr Goetzmann verweist seinerseits darauf, dass es Umsetzungserfolge gebe, die sich u. a. in konkreten Bauantragstellungen widerspiegeln - oftmals bedürfe dies jedoch eines längeren Zeitraums. Die Verwaltung handele mit der Potenzialanalyse nach einem entsprechenden Auftrag der Stadtverordnetenversammlung – wenn sich der politische Wille ändere, müsse sich das in einem Beschluss der StVV niederschlagen.

Herr Naber betont, dass es Intention sein müsse, die Innenstadt attraktiver zu machen. In einem entsprechenden Beschluss sei die Verwaltung zur Durchführung eines Workshops beauftragt worden – hier sollte jetzt oder in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über den Sachstand berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

zu 7.3 Bericht zur Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Baugemäß Beschluss: 09/SVV/0880

Herr Klipp erläutert eingangs den Sachstand, die Ergebnisse der Anhörung und Prüfung sowie eingeleitete Maßnahmen der Verwaltung. Diese Informationen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt und in das RIS als Anlage zum Tagesordnungspunkt eingestellt.

Anschließend beantragt Herr Schubert Rederecht für einen Vertreter der Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau, gegen das sich kein Widerspruch erhebt. Herr Fiebig gibt seinerseits eine Stellungnahme aus Sicht der Firmen ab.

Bezug nehmend auf die Aussage von Herrn Schubert, Herr Klipp habe sein Ehrenwort bezüglich der Standorterhaltung im Hauptausschuss gegeben, entgegnet der Beigeordnete, dass sich dieses auf eine Nutzungsuntersagung und die in Rede stehende „Vertreibung“ bezogen habe sowie auf die Annahme, die Verwaltung wolle das Grundstück „einem anderen zuschanzen“. Das, so bestätigt er nochmals, sei mit ihm nicht zu machen.

Im Weiteren wird eine kontroverse Diskussion über Aktivitäten der Verwaltung, den Standpunkt einzelner Mitglieder des Hauptausschusses und dem weiteren Verfahren geführt. Im Rahmen dieser Diskussion schlägt Frau Engel-Fürstberger vor, dass sich der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen mit dieser Thematik im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan befassen solle. Im Weiteren fragt sie die Firmen, ob ihnen tatsächlich bekannt gewesen sei, dass sie eine landwirtschaftliche und nicht eine Gewerbefläche erworben haben. Herr Fiebig verweist darauf, dass dieses Grundstück bereits seit 30 Jahren gewerblich genutzt werde und das auch so im Bauantrag stehe. Auf die Nachfragen von Herrn Kirsch, welche Gründe die Verwaltung für den vehementen Widerspruch gegen eine gewerbliche Nutzung habe und welche Unterstützung die Stadt geben könne, entgegnet Herr Klipp, dass es sich hier eindeutig um einen Außenbereich handle und eine Ansiedlung an diesem Standort nichts mit einer städtebaulichen Entwicklung zu tun habe. Die Stadt habe Hilfe bei der Suche nach einem Ersatzgrundstück angeboten, was wiederum Wirtschaftsförderung sei. Auf die Kritik, die Verwaltung habe in ihrem Schreiben eine kurzfristige Nutzungsuntersagung ausgesprochen, entgegnet er, dass in dem Schreiben von einer „Anhörung“ die Rede sei und der „Absicht“, eine Nutzungsuntersagung zu verfügen. Das Handeln der Verwaltung entspreche Verwaltungsrecht – weiche die Verwaltung in einem Fall davon ab, gehe ein Signal davon aus und man könne anderen Ähnliches nicht versagen. Damit werde Tür und Tor für eine ungehinderte Entwicklung im Außenbereich geöffnet, was er nicht unter städtebaulicher Entwicklung verstehe. Herr Naber betont, dass die Firmen die ihnen angebotenen Möglichkeiten nicht genutzt und die Kommunikation mit der Verwaltung nicht gesucht hätten. Jetzt werde das Problem auf die „politische Schiene gezogen“, was er für nicht richtig halte. Die Angelegenheit sollte im Rahmen der Diskussion des Flächennutzungsplanes geklärt werden.

Herr Schröder stellt fest, dass es weiteren Klärungsbedarf gebe und es nicht die Aufgabe des Hauptausschusses sein könne, in die Materie einzudringen und den Schiedsrichter zu spielen. Heute könne nur die Situationsbeschreibung und der Ist-Zustand zur Kenntnis genommen werden. Er verweist auf den Beschluss und fordert die Verwaltung auf, diesen umzusetzen – denn hinreichend erfüllt sei er noch nicht. Auf das Anliegen von Herrn Lehmann, einen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt stellen zu wollen, entgegnet er, dass es sich hier um eine Mitteilung der Verwaltung handle, die der Hauptausschuss nur zur Kenntnis nehmen könne. Herr Exner verweist ergänzend auf das Prinzip der Öffentlichkeit hin

und betont im Weiteren, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen in seiner Funktion als Untere Bauaufsichtsbehörde prüfe, die notwendigen Schlüsse ziehe und entsprechende Maßnahmen einleite. Da das auf gesetzlicher Grundlage passiere, könne man das nicht mal so oder so machen. Etwas anderes sei die Beantwortung der Frage, wie komme ich zur Erfüllung des hier beschriebenen Anliegens, was nur über die Änderung der bauplanungsrechtlichen Situation möglich sei. Dazu habe Herr Klipp ausgeführt, dass er es städtebaulich nicht für vernünftig halte, den Flächennutzungsplan zu ändern. Er selbst halte es für ein faires Angebot an die beiden Firmen, die sich in einer planungsrechtlich nicht gesicherten Situation befinden, die Nutzung für weitere 5 Jahre zu sichern und in dieser Zeit nach einem anderen Grundstück zu suchen.

Herr Schubert betont, dass ihn der Umgang mit einem Beschluss des Hauptausschusses ärgere und wenn der Beigeordnete anderer Meinung sei, dann solle er das nicht so darstellen, als ob es nur den einen, von ihm dargestellten Weg geben würde. Herr Klipp entgegnet, dass der Beschluss so nicht umsetzbar sei, was nicht einfach ignoriert werden könne.

Herr Schröder fordert die Firmen auf, ihre Behauptung, sie würden einen Umzug wirtschaftlich nicht überleben, nachzuweisen. Der Auftrag sei jetzt, einen Kompromiss oder eine Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

zu 7.4 Der ländliche Raum der Landeshauptstadt Potsdam - künftige Organisation der Entwicklung und Gestaltung gemäß Vorlage - 09/OBR/0212

Herr Dr. Scharfenberg schlägt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Zurückstellung vor sowie die Behandlung in Anwesenheit aller Ortsvorsteher. Eine gemeinsame Beratung halte er für richtig, da es sich hier um eine gesamtstädtische Aufgabe handele. Herr Wartenberg verweist darauf, dass die Mitteilungsvorlage in allen Ortsbeiräten behandelt worden sei und man sich auch im Arbeitskreis ländlicher Raum damit vertraut gemacht habe. Der Ortsbeirat Fahrland habe dazu eine Stellungnahme abgegeben und den Oberbürgermeister gebeten, die im Punkt 5.1 der Drucksache 09/OBR/0212 dargestellten Vorschläge zur Schaffung einer Verwaltungsstruktur für den ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam als Beschlussvorlage der Verwaltung in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Da er befürchte, dass dies nicht berücksichtigt werde, solle in der nächsten Ortsbeiratssitzung diese Stellungnahme zum Beschluss erhoben werden, um ihr eine entsprechende Gewichtung zu verleihen.

Auf die Frage von Herrn Schubert, ob die Behandlung der Vorlage „drängele“, entgegnet Frau Müller, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, wie sie verfahren werde. Das sei sowohl in den Ortsbeiräten als auch im Ausschuss für KOUL zur Kenntnis genommen worden. Außer dem Hinweis vom Ortsbeirat Fahrland habe es keine weiteren Vorschläge und Anregungen der andern Ortsbeiräte gegeben.

Die Vertagung der o. g. DS und Behandlung unter der Maßgabe der Teilnahme der Ortsvorsteher wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

zu 8

Sonstiges

Herr Schröder informiert über den Vorschlag des Oberbürgermeisters die Sitzungstermine des Hauptausschusses im Monat März zugunsten des Ausschusses für Finanzen zu verändern und nur eine Sitzung des **Hauptausschusses am 17. März 2010 einzuberufen**. Die im Sitzungskalender enthaltenen Termine **10. und 24. März** werden als Hauptausschusstermine **gestrichen**.

Da der **Ausschuss für Finanzen** zum ursprünglich geplanten Sitzungstermin am 17. März 2010 noch nicht alle Änderungswünsche abschließend beraten könne, solle diese Sitzung am **24. März** anstelle der Hauptausschusssitzung stattfinden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Information zum Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde

Herr Klipp informiert, dass gegenwärtig in Gesprächen die bisherige „Blockadehaltung“ des Landes aufgebrochen werde und es das Signal gebe, ein Neustart des Verfahrens sowie der Bau neben dem Friedhof sei grundsätzlich möglich. Er sei optimistisch eine Lösung zu finden, so dass auch die bisherigen Gegner des Vorhabens ihr Gesicht wahren. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, welche Rolle dabei der angekündigte Besuch der neuen Kulturministerin spiele, entgegnet er, dass es seitens des Oberbürgermeisters ein Glückwunschs Schreiben an alle neu gewählten Minister gegeben habe. Im Schreiben an die Ministerin für Kultur wurde das Gemeindezentrum als wichtiges Thema angesprochen – ein Besuch habe seines Wissens noch nicht stattgefunden.

Information zu den Kaufhallenstandorten Zentrum Ost und Schlaatz

Herr Klipp informiert, dass bezüglich der REWE-Kaufhalle in Zentrum Ost die Projektentwickler tätig seien, das Vorhaben vorangetrieben werde und es keine Zeitverzögerungen gebe.

Am Standort Schilfhof sei die Situation außerordentlich schwierig und es gebe nach wie vor keine tragfähige Investorenkonstellation, so dass er keine abschließende Lösung darlegen könne. Für die Pro Potsdam sei es derzeit kein wirtschaftliches Projekt; deshalb versuche man eventuelle Stellschrauben zu finden. Er betont, dass die fehlende Lösung auch alle anderen Aufwertungsmaßnahmen, die an diesem Standort getätigt wurden, gefährde. Der Projektentwickler sei außerordentlich willig, so dass man sich eventuelle Maßnahmen wie eine Vertragsstrafe genau überlegen sollte, denn letztendlich sei die Situation auch der aktuellen Finanzkrise geschuldet.

Abruf der Mittel aus dem Konjunkturpaket II

Bezug nehmend auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichten Unterlagen (im RIS dem Tagesordnungspunkt Sonstiges als Anlage beigefügt) merkt Herr Dr. Scharfenberg kritisch an, dass sich damit der letzte Platz der Landeshauptstadt beim Abruf der Mittel, hier insbesondere der Pauschalmittel, bestätige. Herr Exner erläutert anschließend die Darstellung des Mittelabrufs und verweist darauf, dass bis Ende 2010 fast 70 % der Pauschalmittel abgerufen werden. Durch die Landesliste entstehe oft „ein schiefes Bild“, dem entgegengewirkt werden müsse, wozu sicherlich auch die vorliegende Darstellung diene.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung: